

Eine Resolution über die Durchführung der Deklaration über die Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone, die am 8. November 1977 gefaßt wurde. Obwohl ähnliche Resolutionen bereits seit 1971 Jahr für Jahr gefaßt wurden, habe die Sowjetunion 1977 erstmals ebenfalls zugestimmt. In den vergangenen Jahren hatte sie die Forderung nach einer Verwandlung des Indik in eine Friedenszone stets bekämpft, indem sie sich, ebenso wie der USA-Vertreter, der Stimme enthielt und die Teilnahme am "Sonderausschuß für den Indischen Ozean", der auf Beschluß der UNO Vollversammlung gebildet worden war, verweigerte. Nach sechsjährigem Kampf habe sich Moskau nun beugen müssen, wengleich es noch lange nicht an den Abbau seiner militärischen Präsenz im Indik denke.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis war die Aufnahme der sozialistischen Republik Vietnam in die UNO, die von den USA durch Veto fünfmal verhindert worden war.

Als bedeutsam sieht der Kommentator auch die erneute Diskussion über die Revision der UNO Charta im 6. Ausschuß an. Und hier geht es vor allem darum, den kleinen und mittleren Ländern stärkere Mitspracherechte zu verschaffen, wie sie durch die privilegiierenden Vorschriften der zur Zeit noch geltenden Charta (u.a. gibt es fünf ständige Mitglieder des Sicherheitsrats, die durch ihr Veto den ganzen Apparat blockieren können) noch festgeschrieben ist.

(27) **Weder die Wiener noch die Belgrader Konferenz haben Ergebnisse gezeitigt**

Im letzten Viertel des Jahres 1977 war Europa Schauplatz zweier Konferenzen, nämlich der 13. Runde der Wiener Verhandlungen für die Truppenreduzierung in Mitteleuropa (MBFR) und der Belgrader Folgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Bei beiden habe es keinerlei Fortschritte gegeben.

Seit Beginn der Wiener Verhandlungen im Oktober 1973 waren vier Jahre verstrichen, ohne daß auch nur eine einzige Frage gelöst wurde. Statt einer Detente wuchsen die Streitkräfte beiderseitig ständig an. Warschauer Pakt und Nato rüsteten weiter. Grund dafür sei die Weigerung der Sowjetunion, zuzugeben, daß sie in Mitteleuropa militärisch weit überlegen ist.

Während der dreimonatigen Folgekonferenz der KSZE in Belgrad wurden insgesamt 224 große und kleine Sitzungen abgehalten und 106 Vorschläge von den verschiedenen Delegationen gemacht. Die 35 Vertreter auf der Konferenz erzielten jedoch über keinen der Vorschläge Einigung. Äußerlich seien die Verhandlungen vor allem an dem Scheingefecht der amerikanischen Vertreter gescheitert. Der amerikanische Vertreter habe ständig die Unterdrückung der Dissidenten in der Sowjetunion angeführt und die Verletzung der Menschenrechte beklagt, die eine Übertretung der Helsinkier Schlußakte darstellten. Die Sowjetunion umgekehrt habe daraufhin allen Anlaß gehabt, sich empört gegen die "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" zu wehren (PRu 1978, Nr.1, S.29).

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

DER AUSSENPOLITIK

(28) **Neue Polit-Termini:**

z.B. "Sozialkolonialismus"

Der Propaganda-Apparat ist das letzte Jahrzehnt, wie allgemein bekannt, in den Händen der Vierergruppe im ZK gewesen. Die neue Führung hat nach dem Oktober 1976 allerdings die Lücken im Propaganda-Apparat geschlossen. Obgleich es zur Linie in diesem Bereich gehört, weniger aggressiv die Medien zu lenken, gibt es doch neben und innerhalb der Kampagne gegen die "Viererbande" einige neue Kreationen im Bereich der Politterminologie. Radio Peking attackierte in einem Artikel den sowjetischen "Sozialkolonialismus", der noch bösertiger als der Neo-Kolonialismus der kapitalistischen Länder sei. Dieser neue Begriff ist neben den inzwischen sattem bekannten "Sozialimperialismus" zu setzen. Beide Begriffe beziehen sich lediglich auf die Sowjetunion und nicht auf Osteuropa; denn der sowjetische "Sozialkolonialismus" sei nichts anderes als die Herrschaft der Sowjetunion über Osteuropa und die Mongolei. Der neue Begriff ist gleichzeitig als eine Warnung der ehemaligen Kolonialvölker vor der UdSSR gedacht.

INNENPOLITIK

(29) **Ein neuer Pressestil:**

Offene Auseinandersetzung über das Lohnverteilungsprinzip

Der November und Dezember haben auf den Seiten der Pekinger Kuangming-Zeitung eine öffentliche Auseinandersetzung über die Verteilungspolitik entsprechend der Arbeit, über ihre Prinzipien, ihre Funktion und ihren Umfang gebracht. Es gab Stimmen, die eine Lohnverteilung entsprechend der Arbeit (Leistungslohn) befürworteten, andere lehnten dies Prinzip ab, und es gab auch "versöhnlichere" Thesen. Es liegt natürlich auf der Hand, daß die "Gleichmacherei", die die Propaganda der Anhänger der Vierer-Gruppe verbreitete, auf sanfte Weise überwunden werden soll. Ein direktes Umschalten auf eine mehr leistungsbezogene Lohnzahlung, möglicherweise mit direkten materiellen Anreizen in Form von Bonus-Zahlungen, würden den Kurswechsel äußerlich zu deutlich hervortreten lassen. Eine kontroverse Diskussion ermöglicht einen weichen Übergang. Dennoch ist natürlich bereits die Veröffentlichung unterschiedlicher Meinungen zu einem Thema ein begrüßenswerter Fakt, der durchaus auch in die Ansätze einer liberaleren Medienpolitik der letzten Zeit einpaßt. Jugoslawiens Nachrichtenagentur (Tanjug, 1.11.1977) zeigt sich z.B. beeindruckt über eine ganz ungewohnte Atmosphäre der Toleranz.

(30) **Weitere regionale Volkskongresse, regionale Tagungen der politischen Konsultativkonferenz und regionale Parteitage**

Auch der Dezember 1977 stand in den Provinzen im Zeichen großer Anstrengungen, termingerecht vor dem angekündigten V.Nationalen Volkskongreß regionale Volkskongresse, regionale Tagungen der Politischen Konsultativkonferenz und nachträgliche regionale Parteitage abzuhalten (vgl. Ü 17, Dez.1977). Gleichzeitig wurden in mehreren Provinzen die Revolutionskomitees neu gewählt (vgl. Ü 16, Dez.1977). Die Abhaltung der regionalen Volkskongresse hat als vordringliche Aufgabe die Neuwahl der Provinz-Revolutionskomitees sowie der zum V.Volkskongreß zu entsendenden Delegierten. Dies ist eine wichtige Neuerung insofern, als vor dem IV. Volkskongreß überhaupt keine regionalen Volkskongresse abgehalten werden konnten (vgl. IS, Dez.1977, S.1-9). Der V. Volkskongreß wird parallel mit der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes abgehalten. Hierbei sollen mehr angesehene Persönlichkeiten außerhalb der Partei entsprechend geehrt werden. Dies gilt auch für chinesische Persönlichkeiten außerhalb der Volksrepublik. Der Volkskongreß selbst hat über den Vorsitz, die Stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses zu befinden, der Präsident des Obersten Volksgerichtes ist zu wählen, weiter der Ministerpräsident und die Stellvertretenden Ministerpräsidenten des Staatsrates. Schließlich werden auf dem Kongreß die Minister auf nationaler Ebene ernannt.

Auf einer vorbereitenden Ersten Sitzung des städtischen Volkskongresses von Peking (24.11. bis 3.12.1977) DW, 19.12.1977) wurde Wu Te zum Vorsitzenden gewählt, Chinas Vorsitzender Hua Kuo-feng wurde zum Delegierten der Stadt Peking für den V. Nationalen Volkskongreß bestimmt (SWB, 12.12.1977), nachdem er auf dem IV. Nationalen Volkskongress im Jahre 1975 ein Delegierter seiner Heimatprovinz Hunan gewesen war. Pekinger Delegierte für den Nationalen Volkskongreß sind auch der Stellvertretende Parteivorsitzende Wang Tung-hsing sowie Wu Te und Ni Chih-fu, der Vorsitzende und Stellvertretende Vorsitzende des Pekinger Revolutionskomitees. In den Reden während der Politischen Konsultativkonferenz der Stadt Peking wurde erstmals öffentlich darauf hingewiesen, daß der "Renegat Chiang Ching" 1971 die Sun Yat-sen-Gedächtnishalle in Peking besucht habe und dort in Beschimpfungen des Vaters der chinesischen Revolution ausgebrochen sei. Daraufhin habe sie die Schließung der Gedächtnishalle angeordnet (Zur Wiedereröffnung vgl. C.a., Dez.1977, Ü 22).

Weitere lokale Volkskongresse wurden z.B. in Kueichou, in Honan, in Hunan, sowie in Kuangsi und anderen Provinzen abgehalten (vgl. SWB, 5.12. und 23.12.1977). Auf dem regionalen Volkskongreß Kueichou (SWB, 17.12.1977) wurde die Aufgabe der Revolutionskomitees präzisiert: Man solle patriotische Demokraten, Volksgruppen und patriotische Persönlichkeiten aus allen Bereichen der Gesellschaft dazu motivieren, an der großen politischen Revolution teilzunehmen und wieder aktiv der sozialistischen Revolution und dem Aufbau zu dienen (SWB, 17.12.1977).

Insgesamt gesehen kann also die Vorbereitung sowohl der Politischen Konsultativkonferenz als auch des V.Volkskongresses als einer der demokratischsten

Prozesse seit Mitte der fünfziger Jahre bezeichnet werden.

Regionale Parteitage wurden u.a. in Kiangsu (SWB, 15. und 29.12.1977) sowie in Kuangsi (SWB, 15.12.1977) abgehalten. Sie vollziehen die Beschlüsse des bereits durchgeführten 11.Parteitags nach und bestätigen die geplanten personellen Veränderungen in den Provinzen.

(31) **Zur auslaufenden Kampagne gegen die "Viererbande"**

Zur Säuberung der Kader im Rahmen der Kampagne hat die Volkszeitung (27.11.1977) Stellung genommen. Bei der Untersuchung von Kadern seien einige Probleme aufgetreten. Diejenigen, die zur Arbeit fähig seien, denen aber noch keine neue Stelle zugewiesen sei, sollten so schnell wie möglich versorgt werden. Wo Urteile gesprochen werden müßten, habe dieses ohne Verzögerung zu geschehen. Alle von der "Viererbande" vorgebrachten Angriffe gegen Kader hätten in ihren Akten gelöscht zu werden. Hier handelt es sich um die Kadergruppen, die nur marginal im Sinne der Vierergruppe gearbeitet haben. Aus dem Artikel geht hervor, daß es immer noch Widerstand unter den Kadern gegen die Parteisäuberung gibt. Viele versuchten, das Prestige einer Fraktion oder den Posten eines individuellen Kadern zu schützen, sie seien bemüht, so wenig wie möglich Aktenvorgänge über vergangene Dinge umzustößeln.

Um nicht weiteren Konfliktstoff aufkommen zu lassen, schlägt die Volkszeitung vor, was im Falle von aus der heutigen Sicht unakzeptablen Vorgängen im Personalbereich zu geschehen habe:

"Wir sollten nicht gegen die Genossen vorgehen, die solche Fälle zu bearbeiten haben. Weiterhin sollten wir nicht danach suchen, wo die individuelle Verantwortlichkeit lag und Dissens unter den Genossen hervorrufen. Im Verlauf des akuten und komplizierten Klassenkampfes sind einige unserer Genossen verfolgt worden und haben sehr viel gelitten. Sie müssen Lin Piao und der Viererbande dafür die Schuld anlasten."

Andere Medienbeiträge kritisieren die Einstellung der Schanghai-Fraktion gegenüber den älteren Kadern (vgl. z.B. SWB, 8.12.1977). Hier geht man vor allem gegen Anschuldigungen vor, die ältere Genossen als "bürgerliche Demokraten" abstempelten und festhielten, daß "es ein unausweichliches objektives Gesetz sei, daß Demokraten schließlich den kapitalistischen Weg gehen würden." In solchen theoretischen Beiträgen spiegelt sich also die immer noch vorhandene Unruhe wegen der Umschichtung der Führungspositionen.

Über die scheinbar linke Pose der radikalen Fraktion läßt sich die Volkszeitung (12.12.1977) in einem anderen theoretischen Artikel aus. Dieser Artikel ist insofern ein Eiertanz, da wesentliche Thesen der Vierergruppe als in sich richtig beibehalten werden, die von der Vierergruppe als Verdrehung und zu üblen Zwecken eingesetzt worden seien. Die "Viererbande hätte den Klassenkampf übertrieben" und damit Einheit und Solidarität unterminiert. "Unter dem üblen Einfluß der Viererbande glaubten viele Leute fehlerhafterweise, daß die Viererbande echte Linke waren und gingen ihnen auf den Leim. Sie konnten nicht unterscheiden zwischen echten und

falschen Linken und zwischen den Linken und den "Linken".

Im übrigen sind die Lokalnachrichten nach wie vor voll von Angriffen gegen Anhänger der Vierergruppe in den Provinzen und auf nachgeordneter Ebene. Es folgen Einzelheiten aus solchen Berichten:

In einer Konferenz des Provinzparteikomitees Anhui (SWB, 10.12.1977) wurde festgestellt, daß allein in dieser Provinz über tausend Führungskader von Anhängern der linken Fraktion beschuldigt und angeklagt, d.h. zur Entfernung aus den Ämtern vorgesehen waren. Nach der Neubegründung der Zentralen Parteischule sind nun auch in den Provinzen die Parteischulen wiedereröffnet worden. Daß sie sich nicht nur mit der Neuverbreitung der Parteigeschichte beschäftigen, zeigen ausführliche Berichte (SWB, 6.12.1977).

Die neue Parteischule der Provinz Chinghai ist voll mit der Kampagne gegen die Vierergruppe beschäftigt. Sie erfüllt direkte Propaganda-Aufgaben mit Angriffen gegen frühere linke Kader des Provinzparteikomitees.

Aus Fukien werden Einzelheiten über die Verfolgung eines Kreissekretärs gemeldet (Fukien Tageszeitung, 7.12.; nach SWB, 22.12.1977). Genosse Pi Wanyün sei von der "Viererbande" zu Tode gejagt worden. Pi hatte 1975 Anhänger der Linken wegen Unbotmäßigkeit aufgreifen lassen und verhaftet. Daraufhin wurde er von der lokalen linken Fraktion zur Rechenschaft gezogen. Am 26. und 27. Juli 1975, abends, im Rahmen der Kampagne zur Verstärkung der Diktatur des Proletariats, wurde Pi in seinem Büro überfallen, getreten und zusammengeschlagen, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Man holte ihn sich einfach aus dem Krankenhaus heraus, schleppte ihn durch die Hauptstraßen und führte Kampfveranstaltungen und Kritik gegen ihn durch. Um seinen Hals wurde ein über sieben Kilo schweres Schild gehängt. Man schlug ihn erneut zusammen. Daraufhin brach er zusammen und starb.

Dies ist eine aufschlußreiche Beschreibung, wie hoch die Wellen bereits Mitte 1975 zwischen den Fraktionen gegangen sind. Die Zeitungen brachten damals nur theoretische Auseinandersetzungen, ohne solche Einzelheiten melden zu können und zu wollen. Anderen nun verurteilten Kadern der Provinzebene wird mit Spott vergolten, daß sie sich seinerzeit als führende linke Politiker verstanden:

Von einem Kader der Provinz Hupei (SWB, 22.12.1977) heißt es, er habe gesagt, "ich kann den ganzen Tag über Theorie Vorträge halten ohne ein Manuskript oder eine vorbereitete Rede".

Ebenso aussagekräftig ist die Rede eines Politikommissars der Wuhan-Einheiten der Volksbefreiungsarmee (SWB, 6.12.1977). Die Beseitigung der Anhänger der Viererbande in der Provinz Hupei habe die Wut und den Haß von 42 Millionen Soldaten und Zivilisten der Provinz ausgeglichen. Die linken Kader der Provinz hätten im April 1976 gesagt: "Die Wahrheit ist in unseren Händen. Wir haben die Wahrheit und sie haben die Macht. Mit ihrer Macht widersetzen sie sich nun der Wahrheit."

Dies ist eine interessante Einschätzung der Machtverhältnisse Anfang 1976. Die Schlußfolgerung der Linken hieß damals natürlich: "dann müssen wir die große Macht an uns reißen".

Aus Kiangsi (SWB, 30.12.1977) gibt es ebenfalls Nachrichten über die Verfolgung eines führenden Parteikaders. Man erinnert sich der tragischen Sze-

nen, in denen zwei Führungskader bis zu ihrem Tod verfolgt wurden.

"Im letzten Jahr umzingelten sie den führenden Kader des Provinzparteikomitees, entführten ihn und trieben ihn durch die Straßen, um ihn niederzukämpfen. In den Augen dieser Gangster waren die Kader unserer Partei nicht einmal so viel wert wie Lumpen."

Über den anhaltenden Widerstand noch im Mai 1977 berichtet das Stadtparteikomitee von Luta (SWB, 22.12.1977). Ein angeklagter Kader verdächtigte die Untersuchungskomitees und ließ weiterhin Wandzeitungen zu ihren Gunsten schreiben. Das Argument hieß, die eingesetzten Untersuchungskomitees verhinderten den Kampf gegen die "Viererbande". Als letztes Mittel setzte sich ein involvierter Kader auf sein Fahrrad und fuhr helllichten Tages in kurzen Hosen in der Gegend herum, um sich den "revolutionären Massen" zu zeigen, wobei er erklärte, das stärke seinen Körper und verlängere sein Leben. Damit kam die Untersuchung gegen ihn für Monate zum Halten, weil man sich nicht vorstellen konnte, daß dieser Kader Anhänger der Linken gewesen sei.

In Schanghai ging die Kampagne gegen Ma Tien-shui (SWB, 23.12.1977) weiter. Ihm wurden direkt falsche Anschuldigungen gegen den Stellvertretenden Vorsitzenden Teng Hsiao-p'ing vorgeworfen. Als Teng im Juni 1975 ausländische Gäste nach Schanghai begleitete, habe Ma trotz eines Gesprächs mit Teng die Vierergruppe informiert und schwarzes Material über die Vergangenheit von Teng zusammengestellt. Auch habe er mit ihnen eine Liste von achtzehn Ministern und zwölf Abteilungsdirektoren für den Fall des Machtwechsels aufgestellt.

Allgemein bleibt jedoch der Eindruck, daß die Kampagne gegen die "Viererbande" in ihre letzte Phase getreten ist.

(32) Keine Abweichungen der "Viererbande" in der Außenpolitik

In dem gemeinsamen Leitartikel der JMJP, der Hungchi und der Armeezeitung zum 1. Januar 1978 werden insgesamt acht Punkte aufgezählt, in denen sich die Viererbande versündigt hatte. Zu diesen einzelnen Fragen gehört jedoch auffälligerweise nicht die Außenpolitik. Wie die Außenpolitik zumindest im neuen Jahr ausschauen soll, wird kurz und bündig folgendermaßen dargestellt: "In den auswärtigen Angelegenheiten verfolgen wir, entsprechend der strategischen Konzeption des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt, entschlossen seine Linie, Richtlinie und Politik, unterstützen entschlossen den gerechten Kampf aller Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, stehen den Völkern aller Länder in ihrem Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der Supermächte unbeirrt bei und unterstützen entschieden die revolutionäre und progressive Sache".

(33) Weitere posthume Rehabilitierung von Führungskadern

Wie schon im Vormonat berichtet (Ü 20, Dez.1977), wurde auch im Dezember die posthume Rehabilitierung von Führungskadern fortgesetzt.

Während einer Beisetzungszereemonie für Peng Hsieh-chung, ein früheres Mitglied des Provinzparteikomitees Kiangsi, verlautete in einer Ansprache (SWB, 8.12.1977), Peng sei während der Kulturrevolution durch Anhänger von Lin Piao "mit einer Fülle von Anklagen überschüttet worden. Er litt an hohem Blutdruck und anderen Krankheiten." Nicht nur erlaubten sie ihm nicht, in medizinische Behandlung zu gehen, sie zwangen ihn sogar, schwere körperliche Arbeit auf dem Lande zu tun. Mittags, am 1. August, erlitt Genosse Peng Hsieh-chung einen Schlaganfall. Sie machten keine Anstalten, ihn zu retten, so daß er unglücklicherweise starb. Er war fünfzig Jahre alt." Auch hier also der Versuch, Härtefälle der Kulturrevolution "wiedergutzumachen".

(34) Zur Ehrung alter Militärs: "Revolutionäre Erinnerungen" werden wieder veröffentlicht

Nach zwölfjähriger Ächtung durch die "Viererbande" erscheint erneut eine Auswahl "revolutionärer Erinnerungen von Schlachten der toten Generäle und Veteranen der Roten Armee" unter dem Titel "Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen" (NCNA, 26.12.77). Diese Auswahl, die von der Allgemeinen Politischen Abteilung der chinesischen VBA neu herausgegeben wird, erscheint in sieben Bänden. Der 1. Band umfaßt fünfzehn Erinnerungen, darunter die von Chu Teh, Yeh Chien-ying, Chen Yi, Ho Lung, Lo Jung-huan, Liu Po-ch'eng, Hsü Hsiang-chien und Nieh Jung-chen.

Lange Zeit waren die Erinnerungen der alten Militärs in der Tat erheblicher Kritik ausgesetzt. Besonders deutlich wurde dies, als im Jahre 1975 der 40. Jahrestag des Langen Marsches gefeiert werden sollte. Die Linke Fraktion wollte im Hinblick auf die von ihr in Anspruch genommenen Errungenschaften der Kulturrevolution die Konkurrenzerrungenschaften aus grauer Vorzeit unterdrücken. Nur mit Mühe und Not konnten die Militärs damals wenigstens einige Gedenkartikel durchbringen. Allerdings handelt es sich bei dieser Sammlung nur um eine Neuauflage in Auswahl, weil Erinnerungen von bestimmten Führungskadern wie Lin Piao ausgelassen werden mußten.

(35) Peking meldet Gefechte in Tibet

Meldungen über den erfolgreichen Abschluß des regionalen Volkskongresses in Tibet (SWB, 17.12.1977), über die Gründung des neuen Tibetischen Revolutionskomitees, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es weiterhin Unruhen in diesem Minderheitsgebiet gibt. Erstmals hat nun auch Peking auf solche Auseinandersetzungen selbst hingewiesen. Ende November meldete Radio Peking (Sendung vom 28.11.1977; nach DW, 9.12.1977) einen bewaffneten Zusammenstoß Anfang April in der Autonomen Region.

"Die Wildnis war still, als die Milizmänner sich auf dem Berggipfel versteckten und darauf warteten, den Feind anzugreifen... Die in Panik geratenen Banditen ergriffen eilig ihre Gewehre, um sich auf den Kampf vorzubereiten. Genau in diesem Augenblick gab ein Milizmann das Signal zum Angriff und sie feuerten eine Salve nach der anderen auf die Rebellen-Banditen. Sobald der Rebellen-Bandit... sein Gewehr hob, um auf die Milizmänner zu

schießen, wurde er von den Kugeln der Milizsoldaten getroffen... der Rebellen-Bandit..., der alle Arten von Verbrechen begangen hat, wurde von einer Kugel des Milizsoldaten und Mitgliedes der Kommunistischen Jugendliga... getroffen, die den Kopf des Banditen durchschlug. ...Nach einem einstündigen Kampf waren die Rebellen-Banditen vollständig ausgelöscht."

(36) Huang Hua zum Thema Geschwätzigkeit

Die von vielen ausländischen Journalisten gefeierte "Liberalisierung" in China nach der Ausschaltung der sogenannten "Viererbande" hat trotz Zulassung von Beethoven, Mozart, Liszt oder Shakespeare ihre Grenzen. Dies hat nicht nur der Fall des kanadischen Journalisten Ross Munro gezeigt, der als erster westlicher Korrespondent seit acht Jahren kürzlich von Peking zur unerwünschten Person erklärt worden war. Obwohl Munro ohnehin im Januar seinen Chinaposten verlassen hätte, verweigerten ihm seine Gastgeber eine Verlängerung seines Visums, das am 23. Dezember ausläuft. Munros einziges Vergehen: eine Serie von Artikeln über Menschenrechte in China.

Peking 1977 ist noch lange kein "Prager Frühling" von 1968 und wird es auch künftig nicht werden. Dies geht aus einer Geheimrede hervor, die der chinesische Außenminister Huang Hua im Juli dieses Jahres vor Vertretern seines Ministeriums und der Armee gehalten hat. In dem fünfeinhalbstündigen "Report über die Weltsituation", dessen voller Wortlaut bisher nur in chinesischer Sprache vorliegt und an dessen Authentizität keine Zweifel bestehen, beklagte sich Hua u.a. auch über die Geschwätzigkeit von einigen seiner Landsleute gegenüber ausländischen Journalisten. Dieses Verhalten habe in der Vergangenheit häufig zu böartigen Attacken und Gerüchten oder auch zur Verbreitung von Unwahrheiten über China geführt.

Hua wörtlich: "Wir können dies nur dadurch verhindern, daß wir überhaupt nichts mehr sagen. Vollständiges Schweigen wird diese Leute verwirren, da sie nicht mehr wissen, welches Kaninchen wir als nächstes aus unserer Zaubertüte ziehen werden. Es gab da einen schwedischen Reporter, der mich neulich in New York fragte: 'Kann ich der Exzellenz irgend- wie behilflich sein?' Ich antwortete: 'Kein Kommentar'. Darauf fragte er mich: 'Habt ihr Chinesen nichts anderes zu sagen als immer nur 'kein Kommentar'? Meine Antwort war wieder: 'Kein Kommentar'."

Pekings Außenminister machte dann allerdings in seiner Rede eine Einschränkung, indem er meinte, manchmal sei es notwendig, Informationen zu lancieren, wie im Falle der "Viererbande". Hua: "So etwas können wir gut durch Dritte erreichen, z.B. durch Zeitungen, die uns verhältnismäßig sympathisch gegenüberstehen. Wir können so bewußt öffentliche Meinung schaffen, praktisch kostenlos Werbung für uns machen.. Andererseits gibt es Dinge, die nie veröffentlicht werden dürfen. Ihr müßt darauf gefaßt sein, daß es hier Journalisten gibt, die zu den Geheimdiensten der USA, der Chiang-Regierung (Taiwan), der sowjetischen Revisionisten und auch Japans gehören. Diese Leute reisen ganz legal nach China ein und sollen uns doch nur ausspionieren. Wenn wir uns vor ihnen nicht in acht nehmen, können Partei- und Staatsgeheimnisse an sie durchsickern." (vgl. Issues and Studies Vol. XIII, No. 11, Nov. 77, S. 78 ff.)